

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919**

19.4.1919 (No. 93)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Straße Nr. 14, Fernsprecher: Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptgeschäftsführer E. A. M. e. n. d. Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 5.40 M.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 5.42 M. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gespaltene Zeile oder deren Raum 30 P. zuzüglich 20 % Zuerstzulage. Bei längerer Dauer, besonderer Ausstattung und Konsumvermögen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Währungsreform, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Nicht telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütungen übernommen.

Des Osterfestes wegen erscheint unser nächstes Blatt am Dienstag abend.

### Das Wichtigste.

#### Der Kampf um München.

\* Wie der „Deutsche Allg. Ztg.“ gemeldet wird, haben bejagender Nachrichten, die bei der Regierung Hoffmann eingelaufen sind, diese veranlaßt, ihren Widerstand gegen die Bildung eines Freikorps in Bamberg jetzt aufzugeben. In München herrschte der furchtbarste Terror. Eine ganze Anzahl von Bürgern, von Arbeitern und Soldaten seien bereits erschossen. Die Lebensmittel, welche die Regierung Hoffmann nach München leitete, um die Bevölkerung daselbst nicht der Spartatisten willen Hunger leiden zu lassen, wurden von diesen beschlagnahmt und für die rote Garde verwendet. Dem „Berl. Lokalanz.“ zufolge wurde die Lebensmittelwegnahme in Gastwirtschaften und bei den Beständen von der kommunistischen Regierung angeordnet. Zu einem größeren Zusammenstoß zwischen der roten Garde und Truppen des 7. Inf. Regts. soll es, wie aus Nürnberg verschiednen Morgenblättern berichtet wird, bei Freising gekommen sein. Nach Mitteilung eines Gewährsmannes des „Berl. Tagbl.“ will die Regierung Hofmann einen entscheidenden Schlag erst führen, wenn 30 000 Mann die Stadt eingeschlossen haben. Die Münchener sehen den kommenden harten Kämpfen mit Bangen entgegen. Sie befürchten, daß die Spartatisten sich bei einem Rückzug in die Finalstapel und andere Kunstgebäude flüchten würden, um die Regierungstruppen zu zwingen, diese Gebäude anzugreifen.

Von einem aus München zurückkehrenden Augsburgener wird den „Augsburger Neuesten Nachrichten“ mitgeteilt: Am Dienstag abend und am Mittwoch morgen wurde in ganz München Sturm geläutet, da es hieß, die Weiße Garde sei im Anmarsch. Bei Pasing und an der ganzen Nord-Peripherie der Stadt sind Schützengraben angelegt und Drahtverhaue angelegt. Vom Führer der Regierungstruppen soll ein Ultimatum an die Regierung in München gestellt worden sein, das bis gestern abend 3 Uhr bedingungslos Übergabe forderte. Heute morgen soll der Kampf beginnen. Man rechnet sogar auf einen Eingriff italienischer Truppen von Triest aus. Das bekannte Hotel „Stadt Wien“ ist in ein Lazarett umgewandelt. Die rote Garde hat nach einer anderen Meldung nunmehr mehrere 15 cm-Kanonen auch am Hauptbahnhof aufgestellt. Eine Anzahl mit Spartatisten besetzte Lastautomobile fuhr in die umliegenden Dörfer, um Lebensmittel zu requirieren. Auch in Garmisch-Partenkirchen versuchten sie einen Einfall, die Bürgerwehr schickte aber die Angreifer mit blutigen Köpfen wieder heim.

Bestandteile des 4. und 18. Infanterieregiments haben sich in Donauwörth mit dem Detachement Prospektmaier vereinigt. Dieses umfaßt jetzt alle Waffengattungen. Das Detachement ist, wie jene in Neu-Ulm, Neuburg und Nördlingen usw. von der Regierung Hoffmann aufgestellt, um die Ruhe in Bayern herzustellen. Sie sind keine sogenannte Weiße Garde. Die Truppen tragen Stahlhelme. Das 23. Infanterieregiment wird erwartet. Das 12. Infanterieregiment Neu-Ulm passierte heute früh selbstmännlich ausgerüstet mit Automobilen und Maschinengewehren den hiesigen Bahnhof.

### Die englischen Gewerkschaften für Aufhebung der Blockade.

\* Dem Amsterdamer „Allgemein Handelsblad“ wird aus London gemeldet, daß der Dreierbund der Gewerkschaften beschlossen habe, beim Parlamentarischen Ausschuss der Gewerkschaftskonferenz darauf zu dringen, daß in einer besonderen Konferenz die Aufhebung der Blockade gefordert werde.

### Zur Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Der „Secolo“ erfährt von ausländischer Seite, daß als Tag der Unterzeichnung des Vorfriedensvertrages endgültig der 10. Mai bestimmt ist. Man wolle den deutschen Delegierten zwei Wochen Zeit lassen, um zu verhandeln. Die Unterzeichnung erfolge in feierlicher Weise im Spiegelsaal zu Versailles. Unmittelbar nach der Ratifizierung wird Präsident Wilson den französischen Boden verlassen.

In einem offiziellen Kommentar des „Homme Libre“ wird erklärt, die Deutschen würden nicht lange in Frankreich weilen und ungefähr 10 Tage würden für ihre einfache Aufgabe genügen. Sie hätten lediglich ja oder nein zu sagen bei allen Bedingungen der Entente hinsichtlich der Garantien und der Wiedergutmachungsfrage. Nur in den Fragen nach der Art, wie sie von den deutschen Delegierten zur Durchführung der angenommenen Bedingungen als angebracht betrachtet würde, sei eine Diskussion zulässig.

Hierzu bemerkt der „Vorwärts“: Sollte diese Meldung richtig sein, — und es bestehen gute Gründe, sie für richtig zu halten, — so wird sie selbstverständlich auf die Dispositionen der deutschen Regierung entsprechende Rückwirkungen haben müssen. Um einen Diktatfrieden entgegen zu nehmen, dazu bedarf es nicht des Aufwandes einer großen Friedensdelegation, sondern es wird genügen einen zuverlässigen Kurier nach Versailles zu schicken, der das Schicksal in Empfang nimmt.

### Elternvereine.\*

Von Realschuldirektor Dr. Proßner, Säckingen.

In raschlebiger Zeit leben wir. Fragen, die Jahrzehnte und Jahrhunderte lang Geist und Gemüt der Väter bewegt haben, wollen vom heutigen Geschlecht ungestört und entscheidend beantwortet werden. Gordische Knoten werden täglich zerhanen, wir streben mit Macht aus dem Dunkel ins Helle. Es ist richtig: Allzulange haben wir in der Luft der Erwägungen und schwebenden Verhandlungen verharret. Darob ungeduldig, wollen wir Taten sehen. Und mögen die Taten aus auf Umwege und Irrwege führen, der heutige Mensch folgt ihnen gläubigen Vertrauens, daß rechter Sinn das rechte Ziel einmal doch finden werde. Politisch und kulturell wurden wir schläfrige Deutsche hellhörig und scharfsichernd, und prüfen allenfalls um uns und in uns, was Bestand behalten und wem die Dauer versagt werden soll.

Alle Mängel sind uns auch auf dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichts aufgefallen, und vielfachige Forderungen heißen auch hier plötzliche Erfüllung. Was großen Schulmännern früherer Zeiten an Idealen vorschwebte, soll über Nacht sich zur Wirklichkeit gestalten. Welcher Einsichtige lächelt nicht, wenn er liest, daß die Leipziger die Einheitschule von heute auf morgen eingeführt haben. In Hamburg wurde vor einigen Monaten der Religionsunterricht aus den Schulen entfernt und gestern verlangt ihn wieder die Bürgerwehr mit großer Mehrheit und setzt ihn an die alte Stelle. Alles laufende Verträge, die die Naturwege der Entwicklung verlassen und darum Bildungsfortschritt einschränken. Dafür aber sollte das Objekt der Verträge, die Jugend, zu gut sein. Ihr Geist wird am leichtesten revolutioniert und stellt sich am schwersten auf Evolution ein. Als ewige Forderungen der Erziehung bleiben bestehen: Kraft und Gründlichkeit. Auch die stürmischen Dränger des Neuen gehen nicht an der Verminderung mancher Teile unserer Jugend — aus allen Ständen — brüder. Die Macht der Älteren, wünschen auch sie, muß sich wieder geltend machen. Dann aber müssen diese Älteren — Eltern und Lehrer — in Einklang geraten. Wenn Väter und Mütter sich streiten, sucht das Kind seinen Vorteil dabei, und es ist auch der lauchende Dritte, wenn Schule und Haus sich nicht miteinander vertragen. Ist nicht der Ungeist der toten Unterordnung, des Mißtrauens und der Lüge, den der verlassene preussische Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung, Adolf Hoffmann, in so schönen Worten als den Geist der heutigen Schule, im besonderen der höheren Lehranstalten, bezeichnete, auch mit durch das Mißverhältnis von Haus und Schule geschaffen worden? Hoffmanns Allheilmittel dagegen waren „Schulgemeinde, Schülerräte“. Aus englisch-amerikanischem und vor allem russischen Rezept zusammengeleitet, sollen sie beflagtem Ungeist zu Leibe gehen. Ein lotharer Rahmen für ein verformtes Kind. Die englisch-amerikanische Schulgrundidee ist von Anfang an von der unsern verschieden, das russische Vorbild aber löst nicht auf seine Spuren. Da geht es ja, wie Oberlehrer Robin neulich schilderte, recht hübsch einladend zu: Eltern und Schüler, die allein Maßgeblichen in der Schule, Lehrerbund auch mit durch Schüler, Beseitigung aller Lehreraufsicht, Abhängigkeit der Lehrer auch vom Schuldienere als dem Vertreter des Volkes, Fragen des Lehrers an die Schüler sowie Notengebung durch Klassen verboten, Versuchen auch bei ungenügenden Leistungen und dabei auch Zustimmung durch die Schüler, Verminderung der Fremdsprachen bis auf eine, Abschaffung der Prüfungen, Köpfung der Anhalten um die obersten Klassen zur Erzielung offenbar frühzeitiger Reife — und dergleichen Annehmlichkeiten des Schullebens mehr. Wer ginge da nicht gern nochmals in die Schule? Der Jubrum zum Lehrerberuf wird in Anspruch gewiß lebensgefährlich. Solche Erziehungskräften — um das zu Tode gehetzte Wort zu gebrauchen — werden in Preußen, an dessen Grenzen die russische Dampfkulturwalze dräunend steht, allerdings etwas verstimmend wirken. Es ist bemerkenswert, daß der Widerspruch gegen die „Schulgemeinde“ sich — von den Lehrern abgesehen — aus den Reihen der Eltern und selbst der Schüler erhoben hat. Eine Reihe von Anstalten haben die Bildung derartiger Einrichtungen abgelehnt, und der Erlass Hoffmanns hat durch seinen Ministergegnen Hamisch denn auch bereits eine Abschwächung erfahren. Wir in Baden sind von der Schülerbewegung bislang noch nicht stark berührt worden. Man hat zwar einiges über Entleeren von Schülerräten in wenigen größeren Städten gelesen, über die Anfänge ist die Sache aber anscheinend nicht hinausgekommen. Sagen wir es aber schlanweg: Das Ziel des Hoffmannschen Erlasses ist richtig gesetzt, sein Grundgedanke berechtigt; über die Straße, die zum Ziel führt, über die Form wird man sich weiter unterhalten müssen.

Das Ziel heißt Vertrauen, Kameradschaftlichkeit, ja Freundschaft zwischen den drei Faktoren, Schülern, Eltern und Lehrern. Nehmen wir nun einen kleinen Umweg vom Herzen des Schülers zum kühlen Kopf des Lehrers, so führt dieser eben über die natürlichen Vermittler, die Eltern hin. Auch die Beziehungen von Eltern und Lehrern haben ihre Geschichte, und sie ist meistens nicht ergötzlich zu lesen gewesen. Wieviele Unklarheiten, Verstimnungen, Mißverständnisse und schließlich Zerwürfnisse, stehen auf den Mätern dieser Geschichte! Beim Lehrer das Gefühl, vom andern Teil nicht gewürdigt zu sein, bei den Eltern

\* Wir geben in der lebhaften Aussprache über die Schule und was damit zusammenhängt, auch dem nachstehenden Artikel Raum, ohne uns mit seinen Ausführungen im Einzelnen zu identifizieren oder der Stellungnahme der Regierung vorzugreifen.

die Anschauung, vom Lehrer als von dem kalten, mechanischen Amtsmenschen, der den Kindern zwar ein gewisses Maß von Kenntnissen vermittelt, sie aber mehr damit persönlich zu quälen und belästigen als zu erfreuen scheint. Gerade die bewußte oder unbewußte Überlegenheit des Lehrers in Erziehungs- und Unterrichtsdingen entfernt ihn so oft von Eltern und Schülern; jede Überlegenheit wirkt ja meist auf die andern unbequämlich und fremd ein. Daraus ist wohl auch teilweise die Scheu zu erklären, die viele Eltern abhält, an die Lehrer ihrer Kinder heranzutreten. Tausende von Eltern gibt es, ja, die niemals mit Lehrern ein Wort wechseln, mit den Menschen, denen sie das Beste, was sie haben, anvertrauen.

Und dieser Zustand dauert oft jahrelang fort. Ist das in kleineren Orten, wo fast jedermann den oder die Lehrer kennt, und wo sich feststehende Meinungen über ihn daher leichter bilden, nicht einmal so sehr von Belang, so doch ganz anders in Großstädten. Auch da führen Eltern oft keine Gelegenheit herbei, den Lehrer kennen zu lernen, sie schauen dem Manne nie ins Auge, der ihre Kinder zu tüchtigen Menschen mit heraufzubilden soll. Das sind Dinge, die sich zwar erklären, aber nicht entschuldigen lassen. Im Geschäftsleben mögen dieselben Leute sehr genau handeln und auch beim kleinsten Handel sich Verkäufer und Ware peinlich ansehen, im „Erziehungsgeschäft“ aber verlassen sie diesen Grundfah. Doch werden sich auch solche Eltern meistens ein Urteil über die Lehrer erlauben, den sie also nur aus Erzählungen — Unmündiger noch dazu — kennen. Es ist gewiß nicht häufig böser Wille, der sie dazu verleitet, die Berichte ihrer Kinder gutgläubig hinzunehmen, Berichte, die zwar Tatsachen enthalten können, aber fast nie die Begründung, das Wichtigste zu geben vermögen. So werden viele falsche Schlüsse über einzelne Lehrer oder die Schule überhaupt gezogen; und wer leidet schließlich am meisten unter den falschen Verhältnissen, die daraus entstehen? Wer anders als eben dieselben Kinder, deren kurzfristige Angaben nie überprüft, deren kindliche, schülerhafte Anschauungen nie berichtigt werden. Nein, es gibt keine stichhaltigen Gründe, die die Eltern zu solchem Verhalten berechtigen, mögen sie nun Bequemlichkeit, Scheu davor, Unangenehmes zu hören, Stolz, nicht als Witzkorn, wie man glaubt, erscheinen zu wollen, oder sonstwie heißen. Es gibt allerdings eine Anzahl von Eltern, die sich um das Fortkommen ihrer Kinder in der Schule kümmern. Sie erscheinen fast regelmäßig zu gewissen Zeitpunkten und sind oft gefürchtete Gäste. Es sind die Eltern jener Schüler, die nach Eigenschaften oder Leistungen fast nie recht befriedigen, die mit allen erdenklichen Mitteln für das jährliche Unterrichtsziel „reif“ gemacht werden müssen. Da hat die Aussprache für beide Teile von vornherein oft einen unerquicklichen Charakter, sie verläuft je nach der Wesensart und dem Verkehrston der Verhandlenden, wobei die Mütter eine Schattierung für sich darstellen, mehr oder minder angenehm. Dazu tritt, daß auch solche Eltern sich oft erst in den letzten Wochen des Schuljahres einfinden, um noch zu retten, was zu retten ist, und was wunderbare Ansinnen stellen, daß der Schüler in einem Monate (oder noch kürzerer Zeit) nachhole, was er in 9 vorhergehenden veräumt hat. Selten leidet der Lehrer bei sich. Es ist ihm nicht vergönnt, sich mit Vater oder Mutter über einen hoffnungsvollen Sohn zu freuen, mit ihnen sich, Schönes von dessen künftiger Entwicklung zu besprechen und gemeinsam den Weg zu höherer Ziele zu suchen. Daher, jahrein lernt er Eltern nur von der andern Seite kennen, und das mag auch zur bekannnen Verdrossenheit so manches Lehrers beitragen. Wohl die meisten Lehrer sind mit Begeisterung in ihren schönen Beruf hinausgegangen, Erfahrungen aber, wie die geschilderten, eignen sich nicht dazu, die Berufstreuhe zu steigern oder auch nur aufzubauen zu lassen. Nicht nach Dank verlangt es den warmen Freund der Jugend, den findet er am besten in sich, wohl aber nach Verständnis für seine hohe Aufgabe, und die sucht er zuerst bei den natürlichen Erziehern, den Eltern. In einer seiner Schriften erinnert der belagerte und bedeutende Pädagoge Lews an das Wort Kants, daß die Erziehung das größte Problem und das Schwerste sei, was dem Menschen übergeben worden sei, und stellt dazu die bittere Frage, ob der Erzieher heute mehr gelte als im römischen Altertum, wo ein flüger Sklave den Unterricht der Kinder der vornehmen Häuser leitete.

Schule und Haus sollen einander besser verstehen lernen, sie sollen sich nicht, wie es die Regel ist, in Gleichgültigkeit oder, wie es unglücklicherweise genug vorkommt, in Feindschaft gegenüberstehen. Eines der besten Mittel nun, um diese Forderung zu verwirklichen, erblicken wir in „Elternvereinen“, Versammlungen, in denen sich Eltern und Lehrer begegnen und offen und frei Stellung zu allen Erziehungsfragen nehmen. Wofür wir im besonderen eintreten möchten, ist, solchen Versammlungen einen festen Rahmen zu schaffen, in den sie eingespannt sind, von dem aus sie ihre fruchtbare Tätigkeit entfalten können. Elternversammlungen, „Elternabende“ oft genannt, sind nichts Neues. Seit den 80er Jahren besteht eine ziemlich umfangreiche Literatur über sie. Da und dort, besonders in Norddeutschland, sind sie mehr oder weniger regelmäßige Erscheinungen an den Schulen geworden, an vielen Orten sind sie aber auch ebenso schnell verschwunden, wie sie gekommen sind. Inhalt und Form lassen sich eben nicht trennen, der trefflichste Inhalt bedarf, um sich auszuweiten, einer starken Form, und die Form ihrerseits will mit lebendigem Geiste erfüllt sein. Als dauerhafter Rahmen, in den Elternversammlungen hineinzufügen sind, erscheint uns der Elternverein. Er dünkt uns ebenso oder mehr dasjenige, als mancher Geselligkeits- oder Unterhaltungsverein. Sein erster Vorzug ist, daß seine Mitglieder ohne weiteres schon gegeben sind, nur sollen sie sich auch „bereint“ fühlen. Die Eltern der Schüler einer jeden

# Badischer Teil.

Die Kriegsgesellschaft für Obdankserben und Marmeladen in Berlin hat mit Wirkung vom 1. April 1919 die Preise für Inlands marmelade erhöht. Der höchste Kleinverkaufspreis beträgt nunmehr 1.30 M. für das Pfund. ▲

## Wohnungsnot.

Zum Zweck eines billigen Ausgleiches der Interessen der Mieter und Vermieter wurden schon während des Kriegs in einer Reihe von Städten Einigungsämter eingerichtet. Diese hatten zunächst die Aufgabe, Mietspreitzugewinne zu verhüten und zu schlichten. Angesichts der wachsenden Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt wurden ihnen aber später die Befugnisse von Spruchbehörden, namentlich bei Kündigungen und Mietsteigerungen und bei Zanspruchnahme von Wohnungen durch die Gemeindebehörden beigelegt. Die Regierung hat zu wiederholten Malen die Gemeindebehörden auf die Notwendigkeit und die ersprießliche Tätigkeit von Einigungsämtern hingewiesen und hat in allen Fällen, wo es beantragt wurde, die Errichtung von Einigungsämtern genehmigt. Da nur beim Befehlen von Einigungsämtern die gesetzlichen Zwangsbeschlüsse durch die Gemeindebehörden in vollem Umfang angewendet werden können, wurden die Bezirksämter überdies angewiesen, in allen Gemeinden, in denen Wohnungsnot herrscht oder auch nur zu befürchten ist, mit allem Nachdruck auf die Errichtung von Einigungsämtern hinzuwirken; für etwa widerstrebende Gemeinden werden solche vom Ministerium zwangsweise angeordnet. Es bestehen augenblicklich in Baden rund 60 Einigungsämter, deren Geschäftsbereich sich nicht mehr auf einzelne Städte, sondern zum Teil auf ganze Bezirke oder eine Mehrzahl von Gemeinden erstreckt; eine ganze Reihe weiterer Einigungsämter wird in der aller nächsten Zeit errichtet werden. Wo bis jetzt Einigungsämter nicht bestanden, sind die Amtsberechtigten, einen Teil der den Einigungsämtern sonst zufallenden Entscheidungen zu treffen.

Den Schutz der Mieter gegen ungerechtfertigte Mietsteigerungen und Kündigungen hat sich die Reichsregierung besonders angelegen sein lassen. In der Bundesratsverordnung vom 23. September 1918 ist bestimmt, daß in solchen Fällen der Mieter das Einigungsamt anrufen kann, welches dann über die Wirksamkeit der Kündigung des Vermieters entscheidet und über die Fortsetzung des gekündigten Mietverhältnisses bis zur Dauer eines Jahres bestimmen kann; ebenso kann auf Anrufen des Mieters ein ohne Kündigung ablaufendes Mietverhältnis zum Einigungsamt jeweils bis zur Dauer eines Jahres verlängert werden. Die Ausrufung des Einigungsamtes muß aber unzulässig, d. h. so schnell es den Umständen nach möglich ist, erfolgen. In Gemeinden, in denen ein besonders starker Wohnungsmangel herrscht, kann das Bürgerausschussamt außerdem anordnen, daß die Vermieter von Wohnräumen der Gemeindebehörde unzulässig Anzeige erstatten dürfen, wenn eine Wohnung an einen neuen Mieter zu einem höheren Mietzins vermietet wird, als ihn der letzte Mieter zu entrichten hatte; das Einigungsamt ist dann befugt, auf Anrufen der Gemeindebehörde den mit dem neuen Mieter vereinbarten Mietzins auf die angemessene Höhe herabzusetzen. Ferner hat das Ministerium für Wohnungsweisen für die Gemeinden mit besonders starkem Wohnungsmangel angeordnet, daß die Kündigung von Wohnräumen, namentlich die Kündigung zum Zweck der Mietsteigerung, rechtswirksam nur mit vorheriger Zustimmung des Einigungsamtes erfolgen kann, und daß ein ohne Kündigung ablaufendes Mietverhältnis als auf unbestimmte Zeit verlängert gilt, wenn der Vermieter nicht vorher die Zustimmung des Einigungsamtes zum Ablauf erwirkt hat.

Aber auch zur Bekämpfung des Wohnungsmangels sind eine Reihe von Bestimmungen erlassen und einschneidende Maßnahmen getroffen worden. Wenn auch in allererster Linie und am wirksamsten der Wohnungsnot durch Erstellung neuer Wohnungen begegnet wird, so kann diese Maßnahme naturgemäß erst in einiger Zeit ihre Wirkung

Schule bilden eine natürliche Gemeinschaft mit gleichen Aufgaben und Zielen, darum ist nichts selbstverständlicher, als daß sie diese Aufgaben und Ziele auch gemeinsam betätigen und verfolgen. Das aber können sie nur in fester Gliederung, in regelrechter Vereinigung.

Aus solchen Gedanken heraus hat sich neuerdings ein „Elternverein der Realschule Säckingen“ gebildet, und es sei uns hier gestattet, den Inhalt der Sitzungen anzudeuten und zu erläutern, soweit es nach dem Vorliegenden dessen noch bedarf. Als Zweck des Vereins wird bezeichnet, alle Fragen des Unterrichts und der Erziehung, im besonderen jene, die die Anstalt und ihre Schüler betreffen, zu behandeln und über Anträge und Wünsche in diesen Fragen mit der Lehrerschaft und dem Vorstand der Anstalt sowie den Schulbehörden zu verhandeln. Wie ersichtlich, ist dem Verein damit ein weites Spielraum der Betätigung gegeben, seine Aufgabe kann aber nicht sein, selbsttätig in den Betrieb und die Verwaltung der Schule einzugreifen, sondern seine Meinungen darüber bei den maßgebenden Stellen mit Nachdruck zu vertreten. Nun gehört bekanntlich zu jeder höheren Lehranstalt Baden — wir beschäftigen uns vornehmlich mit den Verhältnissen dieser — ein „Beirat“, dessen Mitglieder der Bürgermeister der Stadt oder der Amtsvorstand des Bezirks (als Vorsitzender), der Anstaltsvorstand (als stellv. Vorsitzender), ein von der Lehrerschaft gewählter Anstaltslehrer und einige vom Gemeindevorstand oder Stadtrat ernannte Herren sind — das weibliche Geschlecht ist im großen ganzen bisher meist nicht vertreten gewesen. Wenn es der Zufall will, mögen unter diesen Mitgliedern auch Väter von Schülern sein; er will es aber auch nicht, und es mag Leute geben und besonders in der vorerwähnten Zeit gegeben haben, die solches für einen Vorzug anhalten und sich davon eine gewisse sachliche Unbeeinträchtigung versprochen haben. Uns aber dünkt es ein Unikum, daß den Eltern von Rechts vielmehr Unrechts wegen keine Gelegenheit gegeben sein sollte, in solchen wichtigen Fragen mitzureden, wie sie der Geschäftskreis des Beirats umfaßt, wie z. B. in Organisationsfragen, nämlich Änderungen des Umfangs oder der Einrichtungen der Schule, in der Kürzung für die Gesundheit der Schüler, in Schulgeldbefreiungen, Erhaltung der Schulgüter, besonders der Ausweisung von Schülern. Die Forderung ist daher nur billig, daß der Elternverein aus seiner Mitte einige Mitglieder als Vertreter in den Beirat entsendet.

Die eigentliche Verfassung des Vereins gliedert sich in Vorstand, Ausschuss und Hauptversammlung. Der Vorstand besteht aus einem 1. und 2. Vorsitzenden (der letztere sei am besten eine Mutter) und dem Schriftführer. Da keine Beiträge erhoben werden, ist ein besonderer Rechner nicht notwendig. Die etwa entstehenden Kosten (Zeitungsanzeigen u. a. werden auf den Vorschlag der Anstalt verrechnet, wogegen sich wohl keine Staats- oder Stadterwaltung sträuben wird, die Anweisung der Beträge erfolgt sodann durch Vermittlung des Anstaltsvorstandes. Während dem Vorstand neben der eigentlichen Leitung mehr die Behandlung von Einzelangelegenheiten und Einzelfällen zufallen wird, ist der „Elternausschuss“, der ebenso „Elternrat“ heißen könnte — der Name tut nichts zur Sache — dazu berufen, in Fragen allgemeiner Natur Stellung zu nehmen. Die Zusammensetzung dieser Körperschaft muß nach Zahl und Auswahl auf die örtlichen Verhältnisse zugeschnitten sein, wobei auch die auswärtigen Schüler zu berücksichtigen sind. Natürlich hat auch der Gesamtvorstand in ihr Sitz und Stimme. Daneben erscheint es angezogen, auch die Lehrerschaft, etwa den Anstaltsvorstand und einen anderen von ihr bestimmten Anstaltslehrer, in ihr, wenn auch nur als Gäste mit beratender Stimme, vertreten zu sehen. Dafür spricht der höhere Zweck der Vereinigung, Vertrauen zwischen Eltern und Lehrern zu schaffen und diesen Zustand auf kurzem Wege herbeizuführen, dagegen allerdings die Klarheit der Gliederung, die eine Ausschaltung aller fremden Teile erfordert.

Vorstand und Ausschuss werden ihre Sitzungen nach Bedürfnis abhalten. Die wichtigste Vereinsveranstaltung, die Elternversammlung, findet wenigstens einmal im Schuljahr, am besten im Spätherbst, statt in das auf der Schulankunft bei uns in Baden an höheren Lehranstalten fällt. Jedes Jahr ändert sich die Zusammensetzung der Schaar der Schüler und damit auch die der Eltern, alte scheiden aus und

neue treten hinzu. Für die letzteren aber ist es wichtig, sich sogleich zu Beginn des Schuljahres mit den Lehrern ihrer Kinder bekannt zu machen, und auch die andern Eltern werden bei dem häufigen Lehrerwechsel hierin Nutzen haben. Zur Versammlung werden nun sämtliche Lehrer der Schule, ferner die Mitglieder des Beirates, und die an der Anstalt unterrichtenden Geistlichen aller Bekenntnisse als Gäste eingeladen. Die Tagesordnung der Versammlung soll jeweils bestimmt geordnet sein. Zunächst werde ein Vortrag über irgend eine Hauptfrage aus dem großen Gebiete der Erziehung und des Unterrichts gehalten. Meistens wird wohl der oder jener Anstaltslehrer bereit sein, ihn zu übernehmen; aber auch mancher Vater oder manche Mutter wird, wenn einmal die Teilnahme geweckt ist, sich gern über eine Erziehungsfrage verbreiten und sie vom Standpunkt des Hauses betrachten. An Stoff wird es nie fehlen, die neue Zeit überschüttet uns damit, und es sei darum hier nicht näher darauf eingegangen. Immer aber wird sich an den Vortrag eine fruchtbare Aussprache knüpfen lassen, wobei besonders die Lehrer es sich angelegen sein lassen mögen, ihre Wesensart, ihre Anschauungen zur Geltung zu bringen und den Eltern zu zeigen, daß man sie nicht alle über einen Kamm scheren darf. Nach der Aussprache folgen Berichte des Vorstandes und des Ausschusses über die Tätigkeit, die ebenfalls wieder Anregung zur Erörterung und zu Anträgen und Beschlüssen geben können. Sodann wird die Wahl des Vorstandes, des Ausschusses und der Beiratsmitglieder vorgenommen, und am Ende mögen noch neue Wünsche und Anträge zur Sprache kommen, für die unter der bisherigen Erziehung kein Platz war. Beschlußfähig kann die Versammlung natürlich nur sein, wenn mindestens über die Hälfte der Schüler durch Eltern in ihr vertreten sind. Für die Wahlen genügt die einfache Stimmenmehrheit.

Wird die Elternversammlung jeweils unter der Flagge solcher festen Pläne abgehalten, so wird das Gespenst der Rangelei sich nicht vorzudrängen können, und es wird auch kaum je an zahlreichem Besuch fehlen. Voraussetzung ist, daß beide Parteien, Eltern und Lehrer, der rechte Geist erfüllt, daß sie mit ganzem Herzen an ihr teilnehmen. An den Lehrern liegt es, zu zeigen, daß sie Menschen voll tiefen Verständnisses für die ihnen anvertrauten Kinder sind, Menschen, denen die Lust aus den Augen schaut, ständig, täglich und stündlich mit der Hoffnung des Volkes, dem jungen, frischen Geschlecht in engerer Fühlung zu stehen, Menschen, die nicht verkümmern und alt werden sollen und wollen. Lehrer, die auch innerlich alt werden, haben noch im Alter den Beruf verfehlt. Die Eltern aber mögen aus ihrem Herzen keine Würdegrube machen. Hier heißt es: nicht nur den Mund spülen, hier muß gepfeifen werden. Nicht die Faust in der Tasche halten, sondern mit Offenheit und Freimut sich ausdrücken! Glauben sie Mißstände, allgemeine und persönliche, zu sehen, sollen sie es sagen, sonst wird nie etwas besser, und der Mitzum schnell weiter unter der Äsche. Ist die eine Hauptversammlung des Jahres so anregend und anziehend verlaufen, wird sich auch leicht das Bedürfnis nach weiteren herausstellen. Die Beziehungen zwischen allen Teilen werden sich enger, inniger, vertrauensvoller gestalten; Eltern und Lehrer werden sich auf diese Veranstaltungen freuen können, werden sie als Quelle aller Gedanken und wertvoller Anregungen schätzen lernen. Eltern, die dann mit reiner Freude aus der Versammlung nach Hause zurückkehren, werden gewiß diesen Geist der Freude, des freundschaftlichen Zusammenwirkens auf ihre Kinder übertragen. Der Jugend wird mittelbar so zum Bewußtsein kommen, daß ihr aus diesen Veranstaltungen reicher Segen erwächst. Der Lehrer aber, der nächsten Tages wieder vor seiner Klasse steht, wird in Erinnerung an die Stunden, in denen ihm Dank und Anerkennung für seinen schweren Beruf aus den Augen so mancher Eltern entgegenleuchtete, mit neuer Lust an seine Berufsarbeit herantreten.

So versprechen wir uns großen Gewinn aus solchen Veranstaltungen: für die Schüler mehr Freiwiligkeit in der Unterordnung, für die Lehrer mehr Kameradschaftlichkeit in der Überordnung, für die Eltern mehr Freundschaft in der Beziehung, für alle aber starkes Vertrauen zu einander. Verhindert wurden solche Ziele schon oft, verwirklicht noch nie. Mögen sich in der neuen Form alte Sehnsüchte erfüllen!

## Karfreitagkonzert des Bachvereins.

Die Aufführung von Bachs Matthäuspassion durch den Karlsruher Bachverein gestaltete sich zu einer wahrhaft würdigen Karfreitagsfeier; sie war eine künstlerische Tat von richtungweisender Bedeutung für das musikalische Leben der Landeshauptstadt, indem sie die Leistungsmöglichkeiten vor Augen führte, die sich durch zielbewußte Zusammenfassung, Ergänzung und Leitung vorhandener Kräfte erreichen lassen. Der Bachverein hat damit nicht nur erneut seine Daseinsberechtigung und Notwendigkeit bewiesen, sondern auch erfreuliche Perspektiven in die Zukunft eröffnet. Um den geistig-religiösen Reizegehalt und den musikalischen Reichtum dieses monumentalen Wunderwerks echt deutscher Kunst in befriedigender Weise auszusprechen, ist neben einer hervorragenden musikalischen Führerschaft ein außerordentliches Maß hingebender und befehlter Arbeit aller Mitwirkenden erforderlich. Der tiefe und gewaltige Eindruck der gestrigen Aufführung beweist, daß in diesem Falle beide Voraussetzungen erfüllt waren. Fritz Coriolis zeigte sich hier nicht nur als feinsinniger Interpret der musikalischen Schönheiten melodischer und harmonischer Art, sondern vor allem auch als geschickter und fester Deuter der dem Werk innewohnenden einzigartigen Größe und Fülle charakteristischen Ausdrucks. Mit dem feinen Instinkt des geübten Operndirigenten wußte er der dramatisch bewegten Chorstimmen eine Wucht und Plastik zu verleihen, die auch dort ergreifend und mit Fortschritt, wo ein zahlenmäßigem Manko an Männerstimmen, namentlich an Tenören, in Erscheinung trat. Die Sängerschaft folgte seiner Leitung im allgemeinen mit geradezu vorbildlichem Verständnis und Temperament. Es sei nur an den mit prachtvoller Wucht und Straffheit gesungenen Eingangsschöpfung sowie an die naturhaft bewegten fanatischen Volksschöre erinnert, die mit den in ihrem Wohlklang und seelenvoller Wärme dahinstehenden, aber in Vortrag, Rhythmus und Phrasierung nicht minder sorgfältig abgestimmten Chören aus wirkungsvoll kontrastierten. Die sämtlichen Chormitglieder: der Chor des Bachvereins, eingeladene Damen und Herren, dazu der Chor des Landestheaters, nicht zuletzt auch der famos disziplinierte Knabenchor von Schülern der Goetheschule, dürfen mit berechtigtem Stolz auf diese Leistung blicken. Unter den Solisten gebührt die Palme Herrn Seydel, der die Aufgabe des Evangelisten, eine der gewaltigsten und anspruchsvollsten Tenorpartien aller Zeiten, mit einer Ausdauer, Sicherheit und Vollendung durchführte, wie sie nur einem erstklassigen Sänger möglich sind. Der Künstler übertraf mit dieser Gungleistung, die ihm erst Gelegenheit bot, die Vorzüge seines klangvollen Organs, den außerordentlichen Grad seiner gefangenen Ausbildung, die Intelligenz seiner Auffassung, seine un-

gewöhnliche Kunst der Deklamation und Charakterisierung und seine Fähigkeit stärkster Erinnerung des Vortrags in ihrem ganzen Reichtum zu entfalten, alles was wir bisher von ihm gehört haben. Auf Einzelheiten dieser erstaunlichen Probe eines glänzenden Könnens eingehen, erweist sich als überflüssig. Den Sopranpartien ließ Frau von Ernst ihre glänzende, wundervoll geschulte Stimme. Auch ihr Vortrag zeichnete sich durch eine Wärme des Ausdrucks und eine Wahrheit der Charakterisierung aus, die ihren Gesang zum Genuß für Ohr und Herz zugleich machte. Für die Partie des Christus hätte man vielleicht ein Organ von größerem Klangreize u. mehr Biegsamkeit, kaum aber einen stärker durchgeistigten und tiefer empfundenen Vortrag als den Herrn Witteners finden können. Gut sang Frau Brunisch die Alfiola. Herr Stephan, der die Partien des zweiten Teiles sang, erfreute durch den Wohlklang seines Organs sowohl wie durch die Wärme seines Vortrags und seine gefangene Kultur. Bei Herrn Malz-Wolke, dessen schönes Stimmmaterial sich auch diesmal in Umfang, Fülle und Technik durchaus bewährte, hätte man eine schärfere Unterstreichung der charakteristischen Unterschiede der Partien des Pilatus, Judas usw. gewünscht. Bei Herrn Schwandt trat gelegentlich ein gewisser Mangel an gefangener Kultur zutage; Klangfülle und Leichtigkeit der Tongebung waren ihm auch diesmal nachzurufen. Das Orchester des Landestheaters spielte mit gewohnter Klangschönheit und Präzision. Am Harmonium, das die Stelle der Orgel vertrat, bewährte Herr Warner sein organisches Können, Herr Schmepp führte die Embalsamierpartie am Flügel mit Geschmeid und schönem Anschlag durch. Besondere Anerkennung verdienen die von Herrn Othmar Böigt rein und mit prächtvoller Innigkeit gespielten Violinsoli. Die nach mehreren Tausenden zählende Zuhörermenge lauschte der Aufführung mit Andacht und Ergriffenheit. E. A.

## Zeitschriftenschaue.

Das Märzheft der „Deutschen Rundschau“ (Verlag Gebrüder Paetel Dr. Georg Paetel, Berlin) bringt an erster Stelle eine beachtenswerte Abhandlung „Die Nationalversammlung und die Zukunft Deutschlands“ von Richard Fester, sodann einen packenden Einakter „Der Fremde“, ein Schattenspiel von Tim Klein. Die Probleme der neuen Biologie vermittelt J. v. Uexküll in anschaulicher Weise durch „Biologische Briefe an eine Dame“. Von Harry Wayne beginnt eine umfangreiche Arbeit über „Delles von Villencron, der Mann und sein Werk“ zu erscheinen. Carl Roth spendet ein reizvolles Porträt der Sängerin „Alle Marie Fel. 1713—1794“. Ein Beitrag von Helmut von Lafenapp behandelt den „Hinduismus als soziales und religiöses Phänomen“. Der Versuch über „Genk“, ein europäischer Staatsmann deutscher Nation, ferner die großartigen alshannoveranischen Erinnerungen „Kreuz und Querzüge von

August Rudolph Friedrich Schaumann (1778—1840) aus Hannover, Deputy Assistant Commissary General in englischen Diensten“, bearbeitet von seinem Enkel Major Konrad von Holkeffer, erscheinen in Fortsetzung, die Novellen „Das Guldene“, das Schwarze und das Olivenfarbene“ von Julius A. Gaarhaus zum Abschluß gebracht. In der „Literarischen Rundschau“ bespricht Hermann von Rosen das „Hereschowskische Werk „Von Krieg zur Revolution“. Kurze Buchbesprechungen und ein Verzeichnis der neu erschienenen Bücher bilden den Schluß des angenehmen Heftes.

## Büchertisch.

Rembrandt, von Professor Dr. Paul Schubring. 2 verbesserte Auflage. Mit 48 Abbildungen auf 28 Tafeln im Anhang. (Aus Natur und Geisteswelt. Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen. 168. Bändchen, Verlag V. G. Teubner, Leipzig.) Die feinstliche Welt Rembrandts, dieses sich mühsam durch das Leben kämpfenden Künstlers, klingt tief mit dem Schwestern zusammen, das uns das Ringen des Weltkriegs gebracht hat. Nicht nur die jungen Studenten, denen Schubring die neue Auflage seines Werkes widmet, sondern wir alle werden uns daher gern in diese lebensvolle Schilderung des Menschlichen und Persönlichen bei Rembrandt vertiefen, die uns zum Verständnis seines künstlerischen Entwicklungsanges und seines Werkes führt.

Danns Wolska Nath, Siebenschleier. Eine Frühlingsschmerz in das Land der Reiden und der stillen Träume. (Stuttgart. Verlag von Julius Hoffmann, geh. 5 M.) Dieses Werk des als Literaturhistoriker wohlbekannten Verfassers ist ein Roman; aber in höherem Sinn, als dies für den Durchschnitt dieser Gattung zutrifft, ist er Poesie, ein Gesang voll Seele und buntem Glanz. Es ist Seelengeschichte, entwirrt der Welt jener Alltäglichkeiten, die sonst breit und schwer die Romane füllen, Erleben im Sinn innerlicher Beziehungen zu den Menschen und zur Natur.

Ein Jahrzehnt in Samoa. (1906—1916.) Von Friedrich A. (Verlag von E. Gabelsberg in Leipzig. 4 Bände. geh. 12 M.) In fernster deutscher Samoa-Literatur ist nicht eben groß, und darüber wird jeder Kolonialfreund ihre Bereicherung begrüßen, ganz besonders aber eine so wertvolle wie die vorliegende. Zum ersten Male ist es eine Frau, die uns ein Samoa bucht schenkt. Und doch ist es kein Frauenbuch. Denn vertritt völlig, einen weiblichen Verfasser vor sich zu haben, denn Sachlichkeit, Gründlichkeit und ein stark ausgeprägtes volkswirtschaftliches Empfinden zeichnen diese Frau aus. Das ganze Buch durchweht eine liebe Liebe zu dem „Wöllischen Kleind“, der Perle der Südpaz., unserer geliebtesten tropischen Kolonie.

haben. Bis dahin muß alles geschehen, um die vorhandenen Häuser, Wohnungen und Räume in weitestem Umfang zu erfassen und so intensiv wie möglich zu Wohnzwecken auszunutzen. In Anwendung der Reichsverordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. September 1918 wurde deshalb den Gemeinden, in denen ein besonders starker Wohnungsmangel sich geltend macht, das Recht gegeben, unbenutzte Wohnungen oder Räume, die zu Wohnzwecken geeignet sind, vom Eigentümer zur Überlassung für Wohnzwecke zu verlangen. Das Ministerium für Wohnungswesen ging aber darüber noch hinaus und schuf durch Verordnung vom 30. Dezember 1918 die Möglichkeit, die Gemeindebehörden zu ermächtigen, auch die Überlassung benutzter Wohnungen und Räume vom Besitzer zu verlangen, wenn dies ihm ohne Härte zugemutet werden kann. Um den Gemeinden eine noch stärkere Einwirkung auf den Wohnungsmarkt zu gewähren, wurde endlich durch Ministerialverordnung vom 29. März 1919 vorgeordnet, daß jede Vermietung oder Überlassung und Ingebrauchnahme von benutzten und unbenutzten Wohnungen und Wohnräumen zu Wohnzwecken von der vorherigen Zustimmung von der Gemeindebehörde abhängig gemacht werden kann; vermietet in diesen Fällen der Eigentümer die Wohnung oder einzelne Räume ohne die Zustimmung der Gemeindebehörde oder nimmt z. B. der Erwerber eines Hauses in diesem eine Wohnung oder einzelne Räume ohne diese Zustimmung in Gebrauch, so wird es so angesehen, als wenn die Räume nicht vermietet wären, d. h. der neue Mieter kann ohne weiteres aus der Wohnung herausgesetzt werden. Die Mieter werden sich deshalb vor Abschluß eines Mietvertrages davon überzeugen müssen, daß die Zustimmung der Gemeindebehörde eingeholt ist. — Das Ministerium für Wohnungswesen hat die genannten Ermächtigungen in weitestem Umfang an alle größeren Städte und den Gemeindebehörden gegeben, die es beantragten.

Da wo es die Verhältnisse erfordern, ist also den Gemeindebehörden die Möglichkeit weitgehender Inanspruchnahme von Wohnungen und einzelner Räume gegeben; sie sind dadurch in den Stand gesetzt, eine Verteilung der Wohnungen den Bedürfnissen der Wohnungssuchenden entsprechend vorzunehmen und in erster Linie den Familien zu Wohnungen zu verhelfen, denen es besonders schwer fällt, Unterkunft zu finden, sei es, weil sie weniger zahlungsfähig sind, oder, wie dies leider oft der Grund ist, weil sie viele Kinder haben. Damit die Gemeinden den hierfür unbedingt erforderlichen Überblick über die vorhandenen Wohnungen gewinnen, ist durch eine Verordnung der badischen vorläufigen Volksregierung vom 7. Dezember 1918 der § 117 des Polizeitrafgesetzbuches dahin erweitert worden, daß durch bezirks- oder ortspolizeiliche Vorschriften die Eigentümer gezwungen werden können, alle Wohnräume, die zu vermieten oder nicht mehr zu vermieten sind, dem Wohnungsnachweis zu melden. Ferner kann nach der Verordnung des Ministeriums für Wohnungswesen vom 29. März 1919 angeordnet werden, daß das Ausschreiben von Wohnungen in Zeitungen nur unter Namensangabe des Vermieters und genauer Bezeichnung von Straße, Hausnummer und Stadtwort erfolgen darf und daß das öffentliche Versprechen einer Wohnung für den Nachweis von Mietwohnungen und Räumen sowie das öffentliche Auffordern zur Abgabe von Preisangeboten auf Wohnräume verboten ist.

Wegen Überlassung von Kasernen für Wohnzwecke setzte sich die Regierung bereits Mitte November 1918 mit den Militärbehörden ins Benehmen und wies wiederholt die Militär- und Gemeindebehörden auf die Notwendigkeit zur Ausnutzung der Kasernen zu Wohnzwecken hin. Die Verhandlungen waren dadurch erschwert, daß wegen der ganzen politischen Verhältnisse die Militärbehörden nur schwer übersehen konnten, inwieweit sie selbst die Kasernen für militärische Zwecke noch benötigen. In verschiedenen Städten sind aber bereits Kasernen an Gemeinden überlassen, in anderen stehen die Abmachungen unmittelbar vor dem Abschluß. Zur Einrichtung behelfsmäßiger Wohnungen wurden an mehreren Orten militärische Baracken aus Speeresbeständen an Gemeinden zur Verfügung gestellt.

Die Regierung hat somit wohl alles zur Zeit Mögliche getan, um der Wohnungsnot in wirksamer Weise zu begegnen. Sache der Gemeinde ist es, ihrerseits von den ihnen gegebenen Befugnissen in weitestem Umfang und mit aller Schärfe Gebrauch zu machen. Dazu ist vor allem erforderlich, daß sie durch entsprechende Zusammenfassungen Wohnungskommissionen (denen in allen Fällen auch ein Vertreter aus dem Kreise der unter dem Wohnungsmangel leidenden minderbemittelten Mieter angehören muß) sämtliche Wohnungen nachsehen läßt und in allen Fällen, wo nach Ansicht dieser Kommissionen die Wohnungsinhaber ganze Teile von Wohnungen abgeben können, diese zur Unterbringung von Wohnungssuchenden oder auch nur einzelner Räume sich in Anspruch nehmen. Sie werden namentlich auch nicht dulden dürfen, daß eine Familie an einem oder auch verschiedenen Orten zwei oder gar noch mehr Wohnungen hat, oder daß jemand mehr Räume in Anspruch nimmt, als sie ihm billigerweise nach der Größe seiner Familie und seinen sonstigen Verhältnissen zuzumutet. Es ist zu hoffen, daß es den Gemeinden auf diese Weise und unter Zuhilfenahme von Kasernen und Baracken zur Einrichtung behelfsmäßiger Wohnungen gelingen wird, dem dringenden Bedürfnis vieler Wohnungssuchender nach Unterkunft zu entsprechen und damit erträgliche Zustände auf dem Wohnungsmarkt zu schaffen bis genügend neue Wohnungen erbaut sind.

### \* Badische Rundschau.

Dem badischen Bahnverkehr droht eine neue Erschwerung, da die Kohlenbestände einen derartigen Rückgang erfahren haben, daß die Staatseisenbahnen bereits damit rechnen müssen, in der nächsten Zeit den Schmelzgasverkehr erheblich einzuschränken. Dementspr. ist es der Verwaltg. auch nicht möglich, zur Bewältigung des Örtverkehrs, wie in früheren Jahren, besondere Vorkehrungen zu treffen, ganz abgesehen davon, daß auch infolge der Abgabe einer großen Anzahl in bestem Zustand befindlicher Wagen und Lokomotiven an die Entente die erforderlichen Fahrzeuge für die Sonderzüge und zur Bewältigung der fahrplanmäßigen Züge fehlen. Es ist ferner nach zu verstehen, daß die Bahnverwaltung dem Publikum nahelege, alle Reisen anlässlich der Osterfeiertage zu unterlassen, da sie weder für die Beförderung noch für die Sicherung der fahrplanmäßigen Anschlüsse Gewähr leisten könne, jedoch mit dem Zurückbleiben von Reisenden jederzeit in größerem Umfang gerechnet werden muß.

Behauerlicherweise zwingt die bedrohliche Lage, in der sich die Eisenbahnverwaltung durch das Ausbleiben der Kohlenzufuhr befindet, aber nicht nur zur Einschränkung d. Personenzüge, sondern auch des Güterverkehrs, so daß nicht dringliche Güter bis auf weiteres nicht mehr befördert werden können. (Wie wir beim Redaktionschluss hören, fallen wegen gänzlichem Ausbleiben der Kohlenzufuhr und wegen des stetigen Rückgangs der noch verfügbaren Kohlenvorräte von heute ab die Mannheimer Weimarer Schnellzüge nunmehr auch in Baden der gesamte Schnellzugverkehr eingestellt. Ein sprechendes Zeichen für den Ernst unserer wirtschaftlichen Lage!)

Auch in anderer Beziehung macht sich der Kohlenmangel immer unangenehmer bemerkbar. So hat er bekanntlich auch die Ziegeleibetriebe lahmgelegt, ein Umstand, der erheblich zur Stilllegung der Bautätigkeit und damit zur Steigerung der Wohnungsnot beigetragen hat. Um für die fehlenden Bausteine Ersatz zu schaffen, will die Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen im Rangierbahnhof zu Mannheim eine Schlackensteinfabrik errichten. Es handelt sich dabei um ein neues Verfahren, durch das Bausteine aus Schlackenabfall und Kalk hergestellt werden und den gleichen Anforderungen hinsichtlich Druckfestigkeit und sonstiger Eigenschaften genügen, wie die Bausteine. Die Herstellungskosten für Schlackensteine werden sich auf etwa 45 bis 50 Mark für tausend Steine stellen, während der Preis für Bausteine zur Zeit 85 Mark für das Tausend beträgt. Das neue Verfahren verdient umso größere Beachtung, als die übrigen Baumaterialien nicht nur immer schwieriger zu beschaffen sind, sondern auch ständig teurer werden.

In Heidelberg hat sich die Wohnungsfrage inzwischen derartig zugespitzt, daß die Leiter der zuständigen Stellen im Bürgerausschuß erklärten, nunmehr zur Zwangsquartierung schreiten zu müssen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch lebhaft über die Widerstände getagt, die der Wohnungscommission von Hausbesitzern und Wohnungsinhabern bereitet werden, wenn es sich um die Abtretung einiger entbehrlicher Räume zwecks Milderung des herrschenden Elends handelt. Es mütet allerdings merkwürdig an, wenn eine alleinlebende Frau mit fünf großen Kindern die Wohnungsschaukommission als Wohnbewohnerin anlangelt, oder wenn ein Herr neben Schlafzimmern und Arbeitszimmern noch Wohnzimmer, Toilettenzimmer und Ankleidezimmer beansprucht. Ähnliche Fälle dürften nicht nur in Heidelberg vorkommen. Man lese nur die Wohnungsberichte im Anzeigenteil der Tageszeitungen, und man wird oft genug auf Ansprüche stoßen, die in einer Zeit, wo Kaufleute von Familien nicht wissen, wo sie morgen unterkommen sollen, als übertrieben und unredlich erscheinen. Solange Einzelpersonen und alleinlebende Ehepaare glauben, sich nicht mit weniger als 6-8 Zimmern begnügen zu können, ist man kaum berechtigt, den Hausbesitzern allein Mangel an sozialem Verständnis und Empfinden vorzuwerfen. Bekanntlich hat die Regierung schon vor Monaten den Gemeindebehörden die Möglichkeit verschafft, sämtliche Wohnungen nachsehen zu lassen und in geeigneten Fällen ganze Teile von Wohnungen zur Unterbringung Wohnungssuchender zu beanspruchen. Wer sich heute weigert, mit Leichtigkeit zu entbehrende Wohnräume abzugeben, verstößt ebenso gegen seine Pflichten der Allgemeinheit gegenüber, wie der Hauswirt, der aus der Notlage Wohnungssuchender unrechtmäßiges Kapital zu schlagen sucht.

Nach den Vorkäufen erfahren jetzt auch die Fleischpreise eine teilweise Neuregelung. Den dringenden Wünschen der Metzgermengen entsprechend hat die Regierung neuerdings nach Anhörung des parlamentarischen Ernährungsausschusses den städtischen Kommunalverbänden die Befugnis eingeräumt, die Ladenhöchstpreise für Fleisch, Butter und Fleischwaren zu erhöhen, wenn die Geschäftsumsätze der Metzger dem gestiegen sind, daß diesen kein zum Lebensunterhalt ausreichender Verdienst mehr möglich ist. Sie gab aber dabei zugleich der Erwartung Ausdruck, daß die städtischen Kommunalverbände von der Befugnis zur Erhöhung der Preise schon mit Rücksicht auf die Verbraucher nur dort Gebrauch machen werden, wo dies nach Sachlage nicht zu umgehen ist und daß auch in diesem Falle das den gegebenen Verhältnissen entsprechende Maß bei der Festsetzung der Preise nicht überschritten wird. Als obere Grenze ist in den Städten mit 50 000 und mehr Einwohnern eine Überschreitung der für das Land geltenden Preisätze um 20 v. H., in den Städten mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern eine solche von 15 v. H. und in Gemeinden von 10 000 bis 20 000 Einwohnern eine solche von 10 v. H. zulässig. Angesichts der Sachlage werden sich auch die Konsumentenpreise der an manchen Orten vorhandenen Notwendigkeit einer Preisobergrenze billigerweise nicht verschließen können. Daß die Kommunalverbände dabei die Interessen der Konsumenten nach Möglichkeit wahren werden, darf als selbstverständlich vorausgesetzt werden.

### Badische Nationalversammlung.

oc. Der badischen Nationalversammlung ist noch ein Antrag der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei über die alsbaldige Freigabe des Tabaks und eine Interpellation von Mitgliedern der Zentrumsfraktion über den Verlauf von Fideikommissen zugegangen.

### Zur Bauernbewegung in Baden.

\* Eine Hauptvorstandsitzung des 84 000 Mitglieder starken Badischen Bauernvereins nahm Stellung zu den schwebenden Fragen und kam zu folgendem Ergebnis:

Der Hauptvorstand begreift vollkommen, daß eine gewisse Unzufriedenheit in manchen Bauernkreisen Platz gegriffen hat, eine Unzufriedenheit, welche zurückzuführen ist auf das System der vergangenen Wahlen und auf die Aufstellung und Einrichtung der Kandidaten in den Listen. Hier soll künftig durch Einwirkung auf die bürgerlichen Parteien abgeholfen werden. Dagegen glaubt der Hauptvorstand dringend davon abzuraten zu sollen, eine Abspaltung von den bestehenden bürgerlichen Parteien vorzunehmen, da gerade in der Stärke der politischen Parteien der Rückhalt und der Schutz des Bauernbundes zu suchen ist; ferner weil eine rein bäuerliche Partei den anderen Parteien gegenüber stets eine Minderheit wäre und dadurch niemals zu Einfluß und Macht gelangen könnte, zumal sie als einseitig agrarische Partei von allen anderen Parteien bekämpft werden würde. Daher hat der Hauptvorstand folgenden Beschluß gefaßt: Der Bauernverein wird sich an einer Gründung der Bauernpartei nicht beteiligen und bittet alle seine Vorstände und Mitglieder, sich von einer solchen Gründung fernzuhalten und die dahin zielenden Bestrebungen zu bekämpfen.

Zur Frage der Verschmelzung der landwirtschaftlichen Organisationen beschloß der Hauptvorstand: Der Hauptvorstand bleibt auf dem früher beschlossenen Standpunkt, wonach der Bad. Bauernverein seine Selbstständigkeit bewahren wird und jegliche Verschmelzung mit anderen Organisationen ablehnt, beifolgt. Ein Bedürfnis für eine Verschmelzung wird nicht anerkannt, da hierdurch der befruchtende Wettbewerb ausgeschaltet und die Landwirtschaft nicht gefördert, sondern geschädigt würde. Der Hauptvorstand kann sich des Eindrus nicht erwehren, daß die diesbezüglichen Bestrebungen letzten Endes eine Schädigung bzw. Aufhebung des Bauernvereins bezwecken, weshalb sie auf das energischste zu bekämpfen sind.

### Badische Zeitungsstimmen.

Die Stellung „der Jungen“ zur Politik bespricht Fritz Raifad-Heidelberg in der „Badischen Landeszeitung“. Er führt dabei u. a. aus, daß ein Teil der „Jungen“ und zwar nicht der unpolitischste Teil, parteipolitisch abseits stehe, und erwähnt hauptsächlich drei Punkte, von deren Standort aus sich mehr oder weniger Unterschiede in ihrer politischen Betrachtung den Gedankengängen der „Alten“ gegenüber ergeben. „Wir Jungen“, so schreibt er, „fühlen zunächst sozial. Wir meinen da mit nicht jenen Rodesozialismus in Glace-Handschuhen und Lackstiefeln, nicht jenen geschäftstüchtigen Konjunktursozialismus, der heute vielfach im Schwange steht. Wir meinen den Sozialismus der Gesinnung. Es ist eben doch etwas übrig geblieben von der oft gepriesenen, oft verhöhmten „Schüßensgrabengemeinschaft“. Wir sind keine Träumer und Illusionspolitiker, aber was getan werden kann, um die Klaffen gegenläufige auszugleichen, muß getan werden. Dabei wissen wir wohl, daß der Himmel nie auf die Erde steigen wird, daß es immer unzulängliches geben wird, daß es immer Unzufriedene, grundsätzlich oppositionelle Geister geben wird. Des letzteren muß sich, namentlich auch die Sozialdemokratie, bewußt werden, um energisch von jenen Elementen abzurücken, deren tiefstes Interesse eben die Unzufriedenheit und die Opposition ist. Alsdann wollen wir Jungen durchaus im Nationalen wurzeln. Wir verstehen darunter keinen Surra-Patrotismus, trotzdem auch darin oft mehr Vaterlandsliebe verborgen lag, als in manch abfälligem Urteil über ihn. Wir wollen nicht vergessen, daß der Militarismus uns einmal mehr bedrohte, als nur Macht- und Herrschaftstreben, damals nämlich, als wir in ihm die Verkörperung nicht der schlechtesten Eigenschaften sahen. Hierher gehört auch die Schulfrage. Auch uns liegt an der Wahrheit, aber an der vollen Wahrheit. Die kommt, auch ohne daß wir sie gewaltsam ans Tageslicht zu ziehen versuchen. Wir wollen die Wahrheit, wollen aber nicht, daß man unter der Maske des Wahrheitsjüders einzelnen Persönlichkeiten Fußtritte versetzt, weil einem das ganze Gift in das Blut des Volkes spritzt, was doch nur der einzige Erfolg jener Wahrheitsfanatiker ist. Und noch ein Wichtiges: Wir sind grundsätzlich gegen den Partikularismus. Das Eigenartige der Stammesunterschiede möge gehegt und gepflegt werden; aber in politischen Dingen gibt es keine Eigenart. Einheit ist notwendig! Dann erst kann auch ein deutsches Nationalbewußtsein entstehen. Wir wollen Badener bleiben und die Hessen Hessen; aber es ist ein Übel, auf Grund „eigenartiger Eigenarten“ Zustände zu bewahren, die durch nichts begründet sind, deren unglückliche Folgen gerade in heutiger Zeit fast jeder Tag vor Augen führt und die vor allem verhindern, daß wir zu einem geschlosseneren Nationalbewußtsein kommen.

Zum dritten: Wir sind idealistisch. Wir sehen mancherlei Idealismus um uns, auch gefährlichen, solchen, der in Schwärmerie ausartet. Dies ist unser Idealismus nicht. Wir meinen den Glauben, der durch Arbeit und Bernunft Neues schafft. Idealismus der Tat! Wir glauben an Deutschland, weil wir an unser Volk glauben. Wir wollen das Rad nicht zurückdrehen, sondern mithelfen, über den toten Punkt von heute hinweg zu gelangen. Wirkliche soziale Gesinnung, Nationalbewußtsein, Idealismus. Das sind die Grundpfeiler unserer Zukunft.

\* Zur Frage der Ausbarmachung der Wasserkraft schreibt Ingenieur D. Willner in der „Preisauer Zeitung“, nachdem er die Meinung vertreten hat, daß während der Dauer der Kohlenkrise Dampfmaschinen zur Erzeugung der Elektrizität nicht in Frage kommen könnten, unter anderem:

Wenn wir wirtschaftlich durchhalten wollen, so muß die restlose Ausbarmachung aller vorhandenen Bachläufe und Mühlkanäle unverzüglich in die Wege geleitet werden. Dies ist die wichtigste Lebensfrage für das Fortbestehen jeder Art von Industrie in ganz Baden bzw. Süddeutschland. Es muß deshalb von den Staats- und Gemeindeverwaltungen nachfolgendes Programm in den Vordergrund aller Tätigkeit gestellt werden:

1. Möglichst schnelle Feststellung und katastermäßige Aufnahme aller bestehenden mit Wasserkraft betriebenen gewerblichen Anlagen, wie Mühlen, Sägewerke, Textil- und Zellulosefabriken usw. Untersuchung über deren Leistungsfähigkeit behufs besserer Ausnutzung auch zur Erzeugung von elektrischem Strom und Abgabe desselben an die Licht- und Kraftstromleitung im Orte oder dessen Umgebung, bzw. Ausbau zu einem Kraftübertragungsnetz für die betreffende Gemeinde. Es können dadurch die Wasserkraft, die bisher brach lagen, erkannt und der Allgemeinheit dienstbar gemacht werden, wobei die denkbar geringste Betriebsförderung für die bestehenden Anlagen erreicht wird.
2. Ausbau von Mühlkanälen, Stauwerken und Talsperren an jedem dafür geeigneten Flußlauf, um eine möglichst konstante Wassermenge zu erzielen.
3. Möglichst schnelle Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten in allen Anbestellen für Arbeiter aller Berufsarten durch umfassende möglichst sofortige Aufnahme der Vorarbeiten und Beschaffung der erforderlichen Projekte im Wege des öffentlichen Wettbewerbes.
4. Ausschaltung des Kohlenverkehrs an allen Arbeitsstellen, wo sich dies nur immer ermöglichen läßt und Ersatz der Dampfmaschinen durch Wasserkraftwerke und Elektromotoren bzw. Dieselmotoren.

Da die jetzige wirtschaftliche Lage den Bau der großen Kraftzentralen am Oberrhein, wie auch am Neckar zur Zeit nicht gestattet, da die notwendigen Vorbereitungen und auch die Baukosten fehlen, so erachte ich es für viel zweckmäßiger, wenn eine Dezentralisation der Kraftversorgung angebahnt wird, um möglichst alle Orte, die eine Mühle oder sonstige Betriebsstätte mit guter Wasserkraft besitzen, diese den neuzeitlichen Bedürfnissen entsprechend auf die höchste Ausleistung auszubauen. Es kann bei den Verhältnissen auch nicht darauf Bedacht genommen werden, überall Turbinen oder Peltonräder anzubringen, sondern man muß in vielen Fällen zu den einfachen und soliden aus Holz gebauten Wasserrädern zurückkehren, um noch vor dem kommenden Winter die Triebwerke aufstellen zu können.

Sehr zu beachten ist, daß die Anlage großer elektrischer Kraftwerke zwar einen billigeren Preis pro Pferdekraftstunde bzw. Kilowattstunde in Aussicht stellt als kleinere Ortsanlagen, aber doch nur dann, wenn diese Werke den erzeugten elektrischen Strom an Großabnehmer, z. B. Chemische Fabriken, ständig abgeben können; ist dieses nicht der Fall, so tritt keine Verbilligung der Betriebskosten ein, sondern die Verzinsung des angelegten Kapitals ist in Frage gestellt.

### Privat Pädagogium Karlsruhe

führt bis Abitur (auch Mädchen) jeder Mittelschule. — Dürftige Kriegerwaisen schulgeldfrei. — Empfehlungen im Prospekt. — Wühl, Besitzer 1892/07 Mitvorstand am Institut Fecht.

**Todes-Anzeige.**  
In aufrichtiger Trauer zeigen wir den Tod des  
**Herrn Studienrats August Holtzmann**  
an. Den lebenswürdigen, vornehmen Menschen, den tüchtigen, still forschenden Gelehrten, den pflichttreuen, trefflichen Lehrer, den milden Freund der Jugend werden wir stets in treuer, dankbarer Erinnerung behalten. G381  
Freiburg, den 16. April 1919.

**Direktor u. Lehrerkollegium des Bertold-Gymnasiums.**

Die unterzeichneten, durch den Streik ihrer Angestellten betroffenen Berliner Banken, weisen im Anschluß an die letzte Bekanntmachung ausdrücklich darauf hin, daß die **Streichung** aller vor dem Tage der Wiederaufnahme des Betriebes erteilten Aufträge sich **lediglich auf Börsengeschäfte** bezieht.  
Berlin, den 15. April 1919.

**Bank für Handel und Industrie  
Commerz- und Disconto-Bank  
Deutsche Bank  
Direction der Disconto-Gesellschaft  
Dresdner Bank  
Mitteldeutsche Creditbank  
Nationalbank für Deutschland.**

**F. Novak**  
Wiener Modesalon 1. Ranges  
Karlsruhe, Zähringerstrasse 110, Fernsprecher 3639  
**Anfertigung f. Herren- und Damen-Kleidern, Brautkleidern und feinst. Wiener Blusen**  
Umänderungen werden angenommen.

**Große Auswahl Schlafzimmer**  
in Mahagoni — Eiche — Nußbaum



**Speise- und Herrenzimmer  
Küchen**  
Vorteilhafte Preise! Vorteilhafte Preise!  
**Möbelhaus  
Maier Weinheimer**  
Karlsruhe  
**32 Kronenstrasse 32**  
Gekaufte Möbel werden kostenlos zurückgestellt.

**Milch- u. Fettversorgung**  
Wir empfehlen uns zur Lieferung aller für die Milchwirtschaft erforderlichen Geräte, Maschinen und Hilfsmittel. Auf Wunsch stehen wir mit fachmännischem Rat und Auskunft gerne zur Verfügung.  
**Badischer Molkereiverband Karlsruhe, Lauterbergstr. 3, Tel. 5207.**

**Ämtliche Bekanntmachung.**  
Den Ortsbauplan für die Stadt betr.  
Der Stadtrat Karlsruhe beantragt eine Änderung des Ortsbauplans für das Gebiet zwischen Karl-Bilhelmstraße und Durlacher-Allee östlich der Maß- und Tullastraße.  
Die hierüber aufgestellten Pläne liegen mit dem Verzeichnis der betr. Grundstücke und deren Eigentümer während zwei Wochen vom Tag der Ausgabe der diese Bekanntmachung enthaltenden Nummer der Zeitung auf dem Rathaus zur Einsicht der Beteiligten auf.  
Die neuen Begrenzungen werden auf den Grundstücken durch ausgesteckte Pfähle und Profile ersichtlich gemacht.  
Etwasige Einwendungen sind bei Ausschlußvermeidungen binnen drei Wochen vom Tag der Auslegung an beim Bezirksamt oder beim Stadtrat hier schriftlich oder mündlich zu Protokoll geltend zu machen. 2.781  
Karlsruhe, den 14. April 1919.  
Bezirksamt. O. 3. 141

**Badisches Landestheater.**  
**Im Konzerthaus:**  
Sonntag, den 20. April 1919:  
nachmittags 2 Uhr: „Im weißen Röhl.“  
abends 7 Uhr: „Hoffmanns Erzählungen.“  
Montag, den 21. April 1919:  
nachmittags 2 Uhr: „Die fünf Frankfurter.“  
abends 7 Uhr: „Eine Nacht in Venedig.“  
Mittwoch, den 23. April, 8 Uhr.  
**Volkstümliches Sinfonie-Konzert**  
der Kapelle des Landestheaters.  
Mitwirkende: Margarete Brunsch u. Paul Trautwetter.  
Vortragsfolge:  
1. Feierlicher Marsch aus „Die Ruinen von Athen“ . . . . . Beethoven.  
2. Konzert für Violoncello . . . . . Haydn.  
Allegro moderato. Adagio. Allegro. Paul Trautwetter.  
3. Unvollendete Sinfonie in H-moll . . . Schubert.  
Allegro moderato. Andante con moto.  
4. Arie der Andromache aus „Achilleus“ (Noch lagert Dämm' rung) Margarete Brunsch.  
5. Ouvertüre zu Tannhäuser . . . . . Wagner.  
Eintrittspreise: 1 M., 1.50 und 2 M.

**Hohenfels:**  
„Gasthaus u. Pension“ 1/2 Stunde v. d. Stat. Albrück Post. Linie Basel-Konstanz. Teleph. Schönster Punkt des wildr. Albtales. Inmitten herrl. Tannwald. bietet Erholungsbedürftig angenehm. Aufenthalt. Gute Verpfleg. Bes.: Fritz Schlegel.

**Beamten-Schule Oberdorf a. Neckar**  
Fachschule für Damen u. Herren zur Ausbildung für d. Verwaltungs- u. Verkehrsdienst. Stellenvermittlung. Prosp. „K. a. fr.“

**Gummi- } Sauger, Beruhiger,  
Spritzen, Bettstoffe  
Irrigatorschläuche usw., Eilroth-Satist**  
prima, sowie alle Artikel zur Krankenpflege  
in nur bester Qualität  
**Sanitätshaus Wörner, Kleinert & Co.,**  
Karlsruh. 70, Karlsruhe, Ecke Augustastraße.

**Soldaten!**  
Melde Euch bei den Werbestellen des  
**Freiw. Landesjägerskorps**  
in Heidelberg, Gölzstraße 10,  
in Pforzheim, Marktplatz 3,  
in Donaueschingen, Gasthaus zum Bären.  
Dort erhaltet Ihr Fahrausweis nach dem Sennelager. Euer Fahrgeld und die Werbestellen sowie zum Sennelager wird Euch zurückgezahlt, wenn Ihr die Fahrtarten in der Annahmestelle Sennelager vorzeigt.  
Viele haben sich schon gemeldet.  
Eingestellt werden Unteroffiziere und Mannschaften aller Waffen die im Felde waren.  
Ferner Angehörige, die das 17. Lebensjahr vollendet, 1,60 m groß, 80 cm Brustumfang haben.  
Fahrausweise werden auf Wunsch vom Sennelager Paderborn zugewandt.  
**Freiw. Landesjägerskorps, Sennelager, Paderborn.**

**Aufforderung.**  
Die Firma Gebrüder Fingado G. m. b. H. ist in Liquidation getreten und der Unterzeichnete zum Liquidator bestellt. Die Abwicklung der Liquidationsgeschäfte geschieht unter der Firma Namenlose G. m. b. H. Ich fordere die Gläubiger der Firma Gebrüder Fingado G. m. b. H. auf, sich zu melden. 2.779  
Mannheim (Friedenheimerstr. 1), den 1. April 1919.  
R. Theo. Sauerbeck.

**Zentralheizungen  
Sanitäre Entwässerungs-Rohranlagen  
Reparaturwerkstätte**  
**Jul. Rößler, Ing.,**  
vorm. W. Kiby,  
Herrenstr. 48 Fernspr. 517

**Altertümer**  
in Möbeln, Schmuck, Silber, Zinn usw. Kauf zu hohen Preisen  
**W. u. Verkaufsgeschäft Neukam,**  
Rammstr. 6 im Hof, Tel. 3546  
Zu kaufen gesucht National-Kontroll-Kassen, Totaladdierer, auch Mehrzähler. Barzahlung. Angebote erbeten unter G. 79 a. d. Exped. d. Karlsruh. Ztg.

**Versicherung gegen Aufruhr Plünderung Raub**  
vermittelt gegen mäßige Prämien und coulante Bedingungen  
Generalagentur der **Wilhelm Briese, Karlsruhe** Garstr. 44 b  
„Allianz“ für Baden Tel. 2705.  
Generalagent Saar, Karlsruhe, Kaiserstrasse 243, Telephon 546.  
Generalagent Pfanner, Karlsruhe, Hirschstrasse 51a, Telephon 2088.

**Feuerlöschgeräte**  
Feuerspritzen, mechanische Feuerwehrlaternen, Hydranten- u. Rettungsgeräte, Schläuche, badische Normkupplungen, Gewinde, Mannschaftsausrüstungen u. sämtlichen anderen Bedarf für den Feuerschutz u. die Feuerwehren liefert:  
**Carl Metz, Karlsruhe i. B.**  
Feuerwehrgerätfabrik, gegründet 1842 in Heidelberg.

**Badische Kleider-Klinik**  
30 Zirkel 30 (gegenüber der „Bad. Presse“) Telephon 4120  
**Reparatur-, Bügel- und Reinigungs-Anstalt.**  
Umänderungen jeglicher Art werden unter Garantie für tadellosen Sitz ausgeführt. Prompte Bedienung. Billige Preise.  
G96 **WOLF AMSTOWSKI.**

**Schmuckfahen**  
aller Art und **Pfandscheine**  
werden stets angekauft in **Weintraub**  
An- und Verkaufsgeschäft  
**Kronenstr. 52, Tel. 3747**

**Brenn-Holz**  
Buchen, Eichen, Stedden, bester Sorten, Tannen (Kieferholz), amtlich festgestellte Preise. Das Holz wird auf Verlangen von 1 Zentner an aufwärts zugeführt. Ausgabestelle:  
**Gerwigstraße 53**  
**Fr. Kempermann**  
Telephon 3206  
Brennholzgeschäft, Spalterei und Sägewerk  
Gaststätte der elektrischen Bahn am Schindlerhof.

Gesucht wird für sofort zum Besuche der Drogen- und Kolonialwarenhandlungen ein tüchtiger G. 356  
**Reisender**  
bei Gehalt und Provision.  
**Hesse & Haferkorn, Erfurt.**

**Bürgerl. Rechtspflege**  
a. Streitige Gerichtsbarkeit.  
2.743.2.1. Heidelberg Die Kaufleute C. M. Romberg & Sohn in Hamburg Alia Haus-Görlingerstraße, Prozeßbevollm. Rechtsanwältin Dref. Helm & Rousfang in Heidelberg, klagen gegen den Kaufmann M. Lüttmann Jr. R. Wappner in Buxtehude, Calca Viktorie 61-63 unter der Behauptung, daß Beklagter den Klägern aus Warenkauf den Betrag von 17502 M. 40 Pf. schulde, mit dem Antrage auf kostenfällige, gegen Sicherheitsleistung vorläufig vollstreckbare Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von 17502 M. 40 Pf. nebst 5% Zinsen seit dem Klage-tag. Die Kläger laden den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreites vor die erste Zivilkammer des Landgerichts zu Heidelberg auf: Mittwoch, den 2. Juli 1919, vorm. 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.  
Heidelberg, 15. April 1919.  
Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.  
2.745. Billingen. Kaufmann Jakob Maurer in Billingen hat das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung der Gläubiger über auf seinem Grundstück Lgb. Nr. 621a im Grundbuch Billingen Band 12, Blatt 1, Abteilung III Nr. 1 und eingetragenen Sicherungshypothek für Kaufschilling für a) Wilhelm

Schreiber und Lukas Mai von hier an unbekanntem Ort mit 678.62 M., b) Luise Schreiber an unbekanntem Ort abwesend mit 33.01 M. gemäß § 1170 B. G. B. beantragt.  
Die Gläubiger werden aufgefordert spätestens in dem auf  
Dienstag, den 8. Juli 1919, vorm. 11 Uhr,  
vor dem Amtsgericht Billingen anberaumten Aufgebotsstermin ihre Ansprüche und Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung mit ihrem Recht erfolgen wird.  
Billingen, 19. März 1919.  
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

2.763. Heidelberg. über das Vermögen des am 15. Juli 1918 verstorbenen Badermeisters Heinrich Schneider von Heidelberg-Gandshühlsheim wurde heute am 16. April 1919, nachmittags 5.30, das Konkursverfahren eröffnet. Rechtsanwalt Dr. Walter Degen in Heidelberg wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 22. Mai 1919 bei dem Gericht anzumelden. Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubiger-ausschusses und eintretenden Falls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, ferner zur Prüfung der angemeldeten Forderungen Termin vor dem hiesigen Gericht, Zimmer Nr. 23 anberaumt auf: Donnerstag, den 5. Juli 1919, vormittags 11 Uhr. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 10. Mai 1919 Anzeige zu machen.  
Heidelberg, 16. April 1919.  
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts III.

2.764. Mannheim. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Firma A. Schlegel & Co. in Mannheim ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf Freitag, den 25. April 1919, vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht hier, II. Stock, Zimmer Nr. 114, anberaumt.  
Mannheim, 11. April 1919.  
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts Z. 8.

2.744.3.2.1. Mannheim. Der Schneider Oskar Trenke in Unterprechtal hat das Aufgebot des Pfandbriefes der Rheinischen Hypothekbank in Mannheim Serie 42 Litera B Nr. 164 über 1000 Mark verjünglich zu 3/4, % beantragt.  
Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf: Donnerstag, den 27. November 1919, vorm. 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht II. Stock, Zimmer 114 anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.  
Mannheim, 8. April 1919.  
Bad. Amtsgericht Z. 9.

**Zürfingervermittlungsstelle betr.**  
Wir suchen für die weibliche Abteilung des Arbeitsamtes eine in Arbeiterinnen- und sozialen Fragen bewanderte weibliche Kraft, die auch die Zürfingervermittlungsstelle für Arbeiterinnen zu führen, und in der weiblichen Jugendpflege, vor allem in der Berufsvormundtschaft tätig zu sein hätte. Der weiblichen Abteilung des Arbeitsamtes ist auch die amtliche Zürfingervermittlungsstelle für Kriegshinterbliebenen für Sorge angegliedert. 3.382  
Bewerberinnen, welche die obenbezeichnete Vorbildung haben, werden erucht, ihre Bewerbungen beim Bürgermeisterei Singen einzureichen, und zwar unter Anfügung von Lebenslauf, etwaiger Zeugnisse und unter Angabe der Gehaltsansprüche.  
Singen, 17. April 1919.  
Bürgermeisteramt.  
Zorbede.

**Beifuhr von Pflastersteinen.**  
Die Wasser- und Straßenbauinspektion Karlsruhe verleiht die Beifuhr der für die Neupflasterung der Lindeheimer Allee benötigten Stein- und Gropfpflastersteine, ab Station Karlsruhe Hauptbahnhof, Karlsruhe Westbahnhof oder ab Neureut nach der Baustelle in zwei ungefähr gleich großen Losen mit insgesamt 1560 Tonnen Gewicht am 24. April ds. Jrs., vormittags 10 Uhr.  
Angebote wollen auf diesen Termin schriftlich postfrei mit der Aufschrift „Beifuhr von Pflastersteinen“ versehen, auf dem Geschäftszimmer Medienbacherstraße Nr. 23, wo auch die Bedingungen zur Einsicht aufliegen, eingedandt werden. Zuschlagsfrist beträgt zwei Wochen. 2.70221